V-4 Solidarität mit den Menschen in Bergkarabach

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

Wir solidarisieren uns mit den Menschen in Bergkarabach. Der armenische Name lautet Arzach, aber wir benutzen in diesem Antrag den international üblichen Namen Bergkarabach. Wir verurteilen den Angriff Aserbaidschans und setzen uns für die 100.000 vertriebenen Menschen ein. Für uns ist aber klar: der Angriff steht nicht für sich allein, sondern ist eingebunden in geopolitische Interessen und Konflikte. Dementsprechend benötigt es eine internationalistische Analyse und politische Praxis unsererseits sowie Solidarität mit der hiesigen migrantisch-armenischen Community.

Worum geht es jetzt? – Zur aktuellen Situation

Nach einer neunmonatigen Blockade des Latschin-Korridors und der humanitären Krise, die daraus erfolgte, startete Aserbaidschan am 19.09.2023 einen militärischen Großangriff auf die Region. Dabei starben mindestens 200 Menschen und über 400 wurden verletzt. Hunderte werden immer noch vermisst. Aserbaidschan errichtete Binnenblockaden und schnitt ganze Dörfer und Städte von der Außenwelt ab. Eine Massenvertreibung setzte ein. Innerhalb von weniger als zwei Wochen entleerte sich die Region. Über 100.000 Armenier*innen blieb nur noch die Flucht als die einzige Option. Armenien ist mit der Anzahl der geflüchteten Menschen maßlos überfordert und braucht dringend humanitäre Hilfe.

Der Alijew-Clan

Der autoritäre Staatschef Aserbaidschans, Ilham Alijew, schürt seit Jahren Hass gegen Armenier*innen, unterdrückt oppositionelle Kräfte mithilfe eines riesigen Sicherheitsapparates und lässt politische Gegner*innen verhaften.

Von Nationalismus getrieben, stellt er auch die territoriale Integrität des Nachbarlandes Armenien infrage. Die armenische Regierung hat die territoriale Integrität Aserbaidschans im Mai 2023 anerkannt und auch die Region Bergkarabach, die mehrheitlich von Armenier*innen bewohnt ist, als Teil Aserbaidschans akzeptiert.

Aserbaidschan wird seit nun 50 Jahren mit einer kurzweiligen Unterbrechung vom Alijew-Clan regiert. Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2023 von Reporter ohne Grenzen befindet sich Aserbaidschan auf Platz 151 von 180. Im Demokratieindex 2022 wird Aserbaidschan auf Platz 134 von 167 eingestuft.

Alijew macht sich den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zunutze. Er stillt den Bedarf der EU an fossilen Energieträgern und setzt diese als Druckmittel gegen die europäische Staatengemeinschaft ein. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete Aserbaidschan als zuverlässigen Partner.

Der Panturkismus – eine transnationalistische Ideologie

Die Armenier*innen befürchten einen neuerlichen militärischen Angriff auch auf das Staatsgebiet der Republik Armenien. Die Ideologie des Panturkismus stellt für die kleine Republik eine ernsthafte Existenzbedrohung dar. Der Panturkismus ist eine nationalistische Ideologie, die die Bestrebung verfolgt, alle Turkvölker (u.a. Türk*innen, Azeris oder Turkmen*innen) kulturell und geografisch zu vereinen.

Dass Armenier*innen Opfer eines osmanischen Genozids wurden, getrieben durch das jungtürkische Regime im Ersten Weltkrieg, ist bis heute ein rotes Tuch für türkische Nationalist*innen - die Anerkennung des Genozids an den Armenier*innen wird vom türkischen Staat geleugnet. Dieser Geschichtsrevisionismus wird u.a. über die türkischen Rechtsextremen, die Grauen Wölfe, in Deutschland verbreitet.

Die Türkei als Komplize

Aserbaidschan ignoriert und verletzt systematisch internationales Recht

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Alijew sich von bloßen Aufforderungen internationaler Partner unbeeindruckt lässt. Ferner wird er durch das NATO-Mitglied Türkei in seinen bisherigen Bestrebungen unentwegt und tatkräftig unterstützt.

Nach seinem Militäreinsatz ist Aserbaidschan für die Sicherheit und die Einhaltung der Rechte der Armenier*innen verantwortlich gewesen, aber wie der Verlauf der Ereignisse zeigt, kam Aserbaidschan seiner Verpflichtung nicht nach. Dabei warnten Menschenrechtsorganisationen,
wie das Lemkin-Institut für Völkermordprävention oder die Gesellschaft für bedrohte Völker seit 2022 vor der genozidalen Intention Aserbaidschans. . Laut Art II (c) der UN-Völkermordkonvention liegt der Tatbestand eines Genozids bei einer vorsätzlichen Auferlegung von Lebensbedingungen vor, die geeignet sind, die körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen. Die Hungerblockade vom Dezember 2022 bis September 2023 entsprach diesem Straftatbestand.

Bereits am 22. Februar 2023 sowie zuletzt im Juli 2023 forderte der Internationale Gerichtshof (IGH) Aserbaidschan auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um einen ungehinderten Personen-, Fahrzeug- und Güterverkehr entlang des Latschin-Korridors in beide Richtungen zu gewährleisten.

Positionierungen im UN-Sicherheitsrat

In der Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates vom 21. September verurteilten die Außenministerinnen Deutschlands und Frankreichs die militärische Aggression Aserbaidschans gegen die Armenier*innen in Bergkarabach und forderten Aserbaidschan dazu auf, die territoriale Integrität Armeniens zu respektieren. Ferner verlangten sie nach internationalem Recht Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Bergkarabachs vonseiten Aserbaidschans.

Die Republik Armenien ist eine junge postsowjetische Demokratie, die aufgrund der jüngsten Entwicklungen in Bergkarabach in eine schwere innenpolitische Krise stürzte. Die Außenministerin Annalena Baerbock forderte, dass die Demokratie in Armenien nicht durch dritte Staaten unterminiert werden sollte. Die Republik Armenien hat angesichts des russischen Versagens als Schutzmacht für den Waffenstillstand in Bergkarabach seine bisher engen Beziehungen zu Russland gelockert und versucht, sich dem Westen anzunähern. Am 03. Oktober 2023 stimmten die armenischen Abgeordneten im Parlament für die Ratifizierung des Römischen Statuts. Der Kremel hatte zuvor Armenien vor diesem Schritt gewarnt.

Deutschlands historische Verantwortung

Wir erwähnen mit Nachdruck, dass Deutschland eine besondere historische Verantwortung gegenüber Armenier*innen trägt. 2016 hat der Bundestag in seiner Resolution zur Anerkennung des Genozids an den osmanischen Christen dies zum Ausdruck gebracht. Während des Ersten Weltkriegs war das Deutsche Kaiserreich militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches und daher besonders umfassend über die Vernichtung der Armenier*innen und anderer christlicher Bevölkerungsgruppen informiert. Dennoch hat die deutsche Staatsführung den Genozid damals stillschweigend hingenommen. Der Bundestag bekannte sich in seinen Resolutionen von 2005 und 2016 ausdrücklich zu seiner historischen Mitverantwortung.

Unsere Forderungen

Damit dennoch ein dauerhafter Frieden ermöglicht werden kann, fordern wir:

- **Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Bergkarabachs:** Aserbaidschan muss sich dazu verpflichten Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Bergkarabachs nach internationalem Recht zu geben. Damit die vertriebenen Menschen in ihre Heimat zurückkehren können.

- **Die territoriale Integrität Armeniens muss von Aserbaidschan akzeptiert werden.** Die Türkei als NATO-Mitglied sollte mit dem Säbelrasseln aufhören.

- **Die vollständige Öffnung des Latschin-Korridors für den Personen- und Güterverkehr in beide Richtungen!**

- Es bedarf einer **entmilitarisierten Zone zwischen Armenien und Aserbaidschan.**

- Eine internationale EU-Beobachtermission soll in die Region entsandt werden, um als Drittpartei die Rolle einer Vermittlung übernehmen zu können.

- **Konsequente Aufklärung der Korruptionsaffäre Aserbaidschans:** Das Alijew-Regime hat Kaviar-Diplomatie in Deutschland und der EU betrieben. Unter der Kaviar-Diplomatie sind Bestechungen oder die Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse zu verstehen, die auf Luxusgeschenken basieren.

- Aufgrund der Vertreibung von über 100.000 Armenier*innen muss Deutschland gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten **Sanktionen gegen das Alijew-Regime** verhängen. Vermögen von Mitgliedern des Alijew-Clans im Ausland sollten eingefroren werden.

- Wir vertreten diese Forderungen als Verband, insbesondere in der Öffentlichkeit und machen Druck im Sinne und in Solidarität mit den Menschen in Bergkarabach, auch gegenüber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Regierung.

Wichtige Themen nicht den Rechten überlassen

Außerdem möchten wir betonen, dass dieser Konflikt im Kern kein religiöser Konflikt ist. Innenpolitisch versuchen rechte Kräfte in Deutschland, unter anderem die rechtsextreme Partei, die AfD, die Situation im Südkaukasus für ihre politische Hetzkampagne zu instrumentalisieren, indem sie gezielt den christlichen Hintergrund der Armenier*innen gegen den muslimischen Hintergrund der Türk*innen oder Aserbaidschaner*innen auszuspielen versuchen. Wir treten entschieden gegen diesen Versuch der gesellschaftlichen Spaltung ein.